Stand: 17.12.2025 02:25:16

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16772

"Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16772 vom 09.05.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18205 des HA vom 13.07.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18298 vom 27.09.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 111 vom 27.09.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

09.05.2017 **Drucksache** $1\overline{7/16772}$

Antrag

der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, zu berichten, ob sie noch hinter den Ankündigungen, Aussagen und Argumenten aus dem Jahre 2009 von Seiten des Ministerpräsidenten Horst Seehofer und der heutigen Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und damaligen Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller steht, dass sich die Staatsregierung für eine Reduzierung des Mehrwertsteuersatzes im Gaststättengewerbe einsetze.

Ferner wird die Staatsregierung aufgefordert, erneut eine Bundesratsinitiative einzubringen mit dem Ziel, die Leistungen im Hotellerie- und Gaststättengewerbe einheitlich mit dem ermäßigten Umsatzsteuersatz (Mehrwertsteuersatz) von derzeit 7 Prozent zu besteuern.

Begründung:

In vielen europäischen Ländern gilt bereits heute ein reduzierter Mehrwertsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe. Um im wirtschaftlichen Wettbewerb mit Nachbarländern wie Österreich oder Tschechien Stand zu halten, darf Deutschland seine Betriebe nicht mit hohen Steuersätzen unzumutbar beeinträchtigen. Mittelfristig sorgt eine ermäßigte Mehrwertsteuer zu steigenden Investitionen in die Qualität der gastronomischen und touristischen Betriebe, was zu mehr Umsatz und damit auch zu höheren Gewerbe- und Umsatzsteuerzahlungen führt. Ein einheitlicher Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent für die Gastronomie (vgl. auch Drs. 16/1134, 17/5096 und 17/6218;

Anträge der Fraktion FREIE WÄHLER) ist ein sinnvoller Weg hin zu fairen Wettbewerbsbedingungen und steigenden Investitionen der heimischen Gastronomiebetriebe. Letzteres zeigen Studien in Zusammenhang mit der Absenkung der Mehrwertsteuer im Hotelgewerbe deutlich.

Der allgemeine Steuersatz beträgt gem. § 19 Abs. 2 des Umsatzsteuergesetzes (UStG) 19 Prozent der Bemessungsgrundlage. Für bestimmte Lieferungen und Leistungen ermäßigt sich dieser allgemeine Steuersatz gemäß § 12 Abs. 2 UStG auf derzeit 7 Prozent, dies sind z.B. Lebensmittel, Trinkwasser aus der Leitung (nicht jedoch Tafel-/Mineralwasser), Bücher und Zeitungen (nicht aber E-Books und elektronische Zeitungen), Kunstgegenstände, Personenbeförderung in bestimmten Fällen, Hotelübernachtungen (seit 1. Januar 2010) oder Zirkusvorführungen. Dabei gibt es eine ganze Reihe nur schwer nachvollziehbarer und konfuser Unterschiede. Für das Lebensmittelhandwerk und den Lebensmitteleinzelhandel gilt der ermäßigte Steuersatz von 7 Prozent, für gastronomische Dienstleistungen gilt in der Regel der volle Steuersatz von 19 Prozent. Ausnahmen gibt es beim Catering, wenn es sich um eine reine Anlieferung von Speisen handelt. Kommen weitere Dienstleistungen dazu, wie z.B. Mehrweggeschirr muss für das gesamte Catering der volle Umsatzsteuersatz von 19 Prozent gezahlt werden. Für die Verpflegung in Schulmensen, Kindertagesstätten, Altersheimen und Kliniken gilt der volle Steuersatz. Studenten an der Uni kommen mit nur 7 Prozent Steueraufschlag günstiger weg. Das System aus Steuervergünstigungen ist unübersichtlicher und widersprüchlicher denn je. Dies gilt insbesondere durch die seit dem 1. Januar 2010 hinzugekommene Unterscheidung zwischen Beherbergung und Bewirtung. Eine einheitliche Besteuerung aller Leistungen in der gesamten Hotel- und Gastronomiebranche würde eine deutliche Vereinfachung für Unternehmen und Behörden bewirken. Dies fordern die FREIEN WÄH-LER im Landtag seit Langem.

Die Staatsregierung hat sich bereits im Jahr 2009 für einen ermäßigten Umsatzsteuersatz im Hotel- und Gaststättengewerbe ausgesprochen und diesbezüglich am 6. April 2009 einen Antrag in den Bundesrat eingebracht (BR-Drs. 300/09). Neben Ministerpräsident Horst Seehofer ("Deswegen sagen wir, und dafür stehe ich, dass wir die 7 Prozent wollen") hat sich unter anderem auch die heutige Staatsministerin für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und damalige Staatsministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Emilia Müller für reduzierte Umsatzsteuersätze für die Gastronomie in Deutschland ausge-

sprochen: "Wer es anderen EU-Staaten gestatten will, ihre Umsatzsteuersätze auf Restaurantrechnungen zu senken, diese Möglichkeit aber für Deutschland aus-

schließt, schadet unseren Gastronomiebetrieben, die in einem intensiven Wettbewerb mit den Nachbarländern stehen."

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

Drucksache 17/18205 13.07.2017

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Drs. 17/**16772**

Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Bernhard Pohl Berichterstatter: Mitberichterstatter: Wolfgang Fackler

II. Bericht:

- 1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 157. Sitzung am 31. Mai 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: 9 Ablehnung, 1 Enthaltung

SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung

B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 70. Sitzung am 13. Juli 2017 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU: Ablehnung SPD: Ablehnung FREIE WÄHLER: Zustimmung B90/GRÜ: Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Peter Winter

Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

27.09.2017 Drucksache 17/18298

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann, Bernhard Pohl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 17/16772, 17/18205

Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf den Tagesordnungspunkt 2:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Einzelne Abgeordnete heben die Hand)

Können wir vielleicht bitte abstimmen? Ich bitte um das Handzeichen. – Danke schön. Ich bitte, Gegenstimmen anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine.
Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:	
(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
	Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
	Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

 Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Eberhard Rotter, Karl Freller u.a. CSU Planungsmittel für Bundesfernstraßen Drs. 17/16472, 17/18203 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil I – Anpassung der Agrarumweltmaßnahmen zur Pestizidminimierung Drs. 17/16509, 17/17781 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil II – Installation eines verpflichtenden Gewässerrandstreifens auf Ackerflächen Drs. 17/16510, 17/17782 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil III – Verbesserung der Umweltprüfung im Rahmen der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln Drs. 17/16511, 17/17783 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	ENTH	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil IV – Branchenfinanziertes Umweltlabel für extensiv erzeugte pflanzliche Nahrungsmittel entwickeln Drs. 17/16512, 17/17784 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	A

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Nachhaltiger Pflanzenschutz in Bayern Teil V – Bundesweites Monitoring zu Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Kleingewässern

Drs. 17/16513, 17/17785 (A)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			

 Antrag der Abgeordneten Georg Rosenthal, Hans-Ulrich Pfaffmann, Inge Aures u.a. SPD Mögliche Folgen eines EU-Austritts von Großbritannien für Bayern Drs. 17/16612, 17/17723 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	团	团	Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Gut integrierten Flüchtlingen Sicherheit geben – Bleiberechtsoptionen aufzeigen Drs. 17/16651, 17/18194 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Bernhard Roos, Natascha Kohnen u.a. SPD Struktur der Förderprogramme in Bayern evaluieren und verschlanken Drs. 17/16656, 17/18204 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Schorer, Dr. Otto Hünnerkopf, Gudrun Brendel-Fischer u.a. CSU Düngerecht praxisgerecht und gewässerschonend umsetzen Drs. 17/16720, 17/17786 (G)

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A		Z

 Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Jutta Widmann u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Einheitlicher ermäßigter Umsatzsteuersatz für das Hotel- und Gaststättengewerbe

Drs. 17/16772, 17/18205 (A)

Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:

Votum des mitberatenden Ausschusses für

Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	A	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Länderspezifische Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Düngeverordnung in Bayern Teil I – Klarheit zu den technischen Vorgaben zur Ausbringung von organischen Düngemitteln Drs. 17/16816, 17/17787 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung. Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		ENTH	ENTH

 Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Florian von Brunn, Ruth Müller u.a. SPD Länderspezifische Möglichkeiten zur Ausgestaltung der Düngeverordnung in Bayern Teil II – Schutz unseres Grundwassers und der Oberflächengewässer und Klarheit für die künftigen "roten Gebiete" Drs. 17/16817, 17/17788 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
团	团	团	Z

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Leopold Herz u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Die Situation der Berufsfischer vom Bodensee Drs. 17/16819, 17/17789 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Heilpraktikergesetz reformieren! Drs. 17/16846, 17/18198 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Umsetzung und Bilanz der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie Drs. 17/16964, 17/17766 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Qualität der BAMF-Verfahren sichern Drs. 17/16984, 17/18201 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Gudrun Brendel-Fischer, Jürgen Baumgärtner u.a. CSU Familienzuschlag bei der Finanzierung von Kinderhospizen durch die Krankenkassen

Drs. 17/16998, 17/18199 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u.a. und Fraktion (SPD) Biodiversitätsziele endlich ernst nehmen und das bayerische Biodiversitätsprogramm mit Leben füllen! Drs. 17/17013, 17/17767 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		A	Z

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bericht zur Arzneimittelsicherheit in Bayern Drs. 17/17174, 17/18200 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Klaus Steiner, Dr. Franz Rieger, Karl Freller u.a. CSU Kommunen bei der Entwicklungszusammenarbeit unterstützen Drs. 17/17202, 17/18207 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z			Z

 Antrag der Abgeordneten Helga Schmitt-Bussinger, Harry Scheuenstuhl, Isabell Zacharias u.a. SPD Erweiterung der Hochschule Ansbach Drs. 17/17291, 17/17822 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Isabell Zacharias, Martina Fehlner u.a. und Fraktion (SPD) Mögliche Missstände im Haus der Kunst Drs. 17/17548, 17/17823 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
			Z

 Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Dr. Florian Herrmann, Josef Zellmeier u.a. CSU Bewährtes Schutzmaß erhalten – Überreglementierung vermeiden! Drs. 17/17451, 17/17764

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären